

GESELLSCHAFT

Erneut zweifelhafte Personaländerungen

Flächendeckender und undurchsichtiger personeller Austausch ist noch immer eine Begleiterscheinung bei Änderungen politischer Garnituren in der Slowakei. Die Jetzigen bestätigen einen Mangel an politischer Kultur. Im ersten Fall befassen wir uns mit der skandalösen Besetzung von Posten in Unternehmen mit staatlicher Beteiligung, im zweiten Fall geht es um flächendeckenden Austausch von leitenden Polizeibeamten.

Kritik an Regierung wegen skandalöser politischer Nominierungen

Beim Austausch von Mitgliedern der Organe in Unternehmen mit Staatsbeteiligung ging die Regierung im Stil der Traditionen aus der Mitte der 90er Jahre vor. Die Nominierten sind häufig mit Parteispitzen verbunden oder sind sogar ihre Familienmitglieder. Dies geschah bei der Besetzung von Posten in Unternehmen wie Transpetrol, SPP, Východoslovenská energetika (Ostslowakische Energiewerke) u.a.

Die Koalition tauscht die von der früheren Regierung von Mikuláš Dzurinda Nominierten in Unternehmungen vor allem in Netzbranchen aus. Politisch bemerkenswert war z.B. die Nomination des umstrittenen Unternehmers und früheren Chefs der Stahlwerke VŠŽ Košice Július Rezeš in den Aufsichtsrat des Ölpipeline-Verwalters Transpetrol. Diese Nomination wurde auf seltsame Weise von Vladimír Mečiar (Alexander Rezeš und Július Rezeš gehörten zur bekannten Gruppe der Mečiar – Privatisierer aus Mitte der 90er Jahre) auch gegen den offenen Widerstand des Premiers Robert Fico durchgesetzt. Nachdem er seine Unzufriedenheit erklärte, gab er der Forderung des Koalitionspartners mit den Worten nach, dass dieser die politische Verantwortung für eine solche Nomination trage. Interessant ist einerseits die Courage Vladimír Mečiar, auf diese Weise (auch den Premier) zu provozieren, aber auch die Fähigkeit, seinen Willen auch gegenüber dem stärkeren Koalitionspartner leicht durchzusetzen.

Die Oppositionsparteien kritisierten Nominierungen mehrerer Personen in Organe von Gesellschaften mit staatlichen Anteilen. Die oppositionellen Christdemokraten (KDH) kamen daher bereits mit einer Initiative zur Abberufung des Wirtschaftsministers Ľubomír Jahnátek. Die anderen zwei Oppositionsparteien äußerten sich aber zurückhaltend.

Austausch in Polizeiführung ist laut Minister nicht politisch

Innenminister Robert Kaliňák (von Smer-SD nominiert) rief alle Landespolizeidirektoren ab. Gleichzeitig bestritt er, dass deren Abberufung politisch motiviert gewesen wäre. Die ehemaligen Direktoren können laut ihm an anderen leitenden Posten in der Polizei bleiben. Er bezeichnete den Austausch der Direktoren als natürliche Rotation. Laut Kaliňák mussten die Landespolizeichefs gehen, weil „sie die Herausforderungen, die vor der Polizei stehen, nicht begriffen“. Sein Vorgänger Martin Pado (SDKÚ-DS) bezeichnete es als Politisierung der Polizei. Kurios ist, dass Minister Kaliňák seine vorherigen (zumindest deklarierten) Prinzipien leugnete: Bei der Abberufung benutzte er die Bestimmung des Gesetzes über staatlichen Dienst von Polizeibeamten, die er vorher selbst mehrmals kritisierte. Es geht um die Bestimmung, nach der eine Abberufung von Funktionären nicht begründet werden muss.

ÜBERSICHT

GESELLSCHAFT

Erneut zweifelhafte Personaländerungen.....1
Mečiar aus eigenen Reihen kritisiert.....2
Slowakei wird im Februar dem Sicherheitsrat der UNO vorsitzen.....2
Bildungsminister möchte Konkurrenz unter Hochschulen verstärken.....2
Ende des Kernkraftwerkblocks:
Chance zur Änderung oder Gefährdung der Wirtschaft?.....2

WIRTSCHAFT

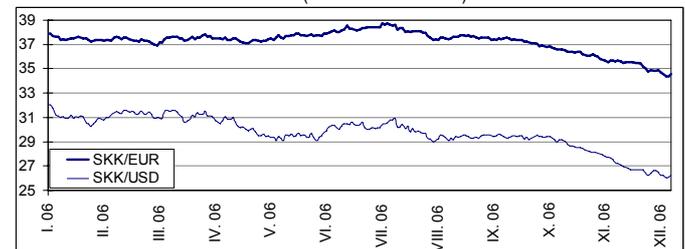
Jahr 2007 wird Ernsthaftigkeit der Vorhaben zur Schlankheitskur in Staatsverwaltung testen.....3
Budget mit unklaren Prioritäten aber im Einklang mit den Maastrichtkriterien.....3
Es droht die Vorbereitung eines rückschrittlichen Arbeitsgesetzbuches.....3
Expansion bei der KFZ-Herstellung.....3
Konzentration großer Handelsketten bis auf weiteres gestoppt.....3
Anzeichen von Besserung im Außenhandel.....4

KOMMENTAR

Wechselkursstärkung bewirkt ein Dilemma.....4

ÖKONOMISCHE KENNZIFFERN

Die SKK/EUR und SKK/USD Kursen (I. 2006 – XII. 2006)



Quelle: NBS

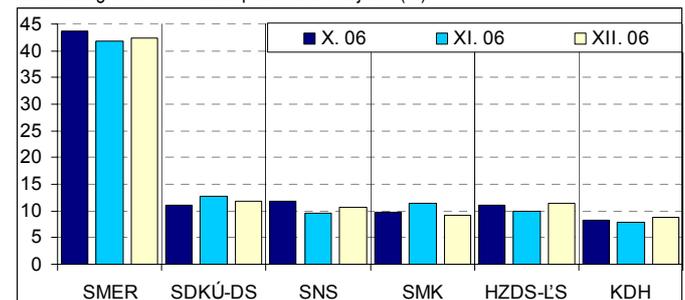
	2002	2003	2004	2005	2006*	2007*
BIP-Wachstumstempo (% real)	4,4	4,2	5,5	6,1	8,0*	7,5*
Inflation (CPI)	3,3	8,5	7,5	2,7	4,5	2,8*
Arbeitslosigkeit***	18,5	17,4	18,1	16,2	13,6*	13,1*
Ausland. Invest. (mill.USD)	3965	1060	1024	649	1600*	900*
SKK/USD	45,3	36,8	32,3	31	30,6	29,2*
SKK/EUR	42,7	41,5	40	38,6	37,5	36,0*

* die M.E.S.A.10 Vorhersage;

*** nach der Auswahlermittlung der Arbeitskräfte

MEINUNGSUMFRAGEN

Entwicklung der Präferenzen politischer Subjekte (%)



Quelle: Institut für Meinungsumfragen beim Statistikanat der Slowakischen Republik

GESELLSCHAFT

Mečiar aus eigenen Reihen kritisiert

Überraschend und äußerst kritisch ist der stellvertretende Regierungschef Dušan Čaplovič (nominiert von Smer-SD) gegen den Koalitionspartner Vladimír Mečiar aufgetreten. Der Vorsitzende von ĽS-HZDS Vladimír Mečiar sei seiner Ansicht nach ein unberechenbarer Mensch, der die Regierungskoalition gefährden könnte.

„Der Vorsitzende der ĽS-HZDS war immer eher ein destruktiver Politiker, der das Agieren hinter den Kulissen genoss“, erklärte Čaplovič.

Bisher hatten die führenden Koalitionspolitiker einen ähnlichen Ton gemieden. Wahrscheinlich sind die schärferen Worte ein Ergebnis von Streitigkeiten bei der Besetzung von Managerposten in einigen Unternehmen (SPP) und dem slowakischen Fernsehen.

Für eine Zusammenarbeit mit Mečiar's Bewegung setzte nach den Parlamentswahlen im Juni auch der Vorsitzende der SDKÚ-DS Mikuláš Dzurinda ein. Die Bildung einer Koalition von Mitterrechtsparteien mit ĽS-HZDS scheiterte aber an den Christdemokraten (KDH), die eine Kooperation mit Mečiar ablehnten. Gerade die KDH bezeichnete aber Čaplovič als Partei, mit der Smer bei einem Zerfall der jetzigen Koalition regieren könnte.

Solche Spekulationen sind aber als kein ernstes Signal interner Koalitionsstreitigkeiten zu sehen. Ein gewisses Misstrauen gegenüber Vladimír Mečiar wird wohl auch innerhalb der Koalition bestehen bleiben, es wird aber wahrscheinlich kein Grund zur Gefährdung der Stabilität der Regierungskoalition.

Slowakei wird im Februar dem Sicherheitsrat der UNO vorsitzen

Die Slowakei wurde für zwei Jahre gewähltes Mitglied des UNO-Sicherheitsrates und wird im Februar 2007 diesem vorsitzen. Die slowakische Diplomatie möchte eine Diskussion über die Reform des Sicherheitssektors in sein Arbeitsprogramm als Schwerpunktthema aufnehmen. Die Reform des Sicherheitssektors soll auch die Lösung von Konfliktsituationen oder die Stabilisierung und Erneuerung in Postkonfliktregionen betreffen. Im Februar wird sich der Sicherheitsrat der UNO voraussichtlich auch mit der Frage des zukünftigen Status von Kosovo befassen, da der Bericht des Sondergesandten der UNO Martti Ahtisaari dann bereits bekannt sein sollte. Der Bericht mit Vorschlägen über die künftige Gestalt von Kosovo sollte nach den serbischen Parlamentswahlen vorgelegt werden, die am 21. Januar stattfinden. Die slowakische Diplomatie wird (laut Plänen des Außenministeriums) den Bericht danach bewerten, inwieweit die von der sog. Kontaktgruppe festgelegten Prinzipien berücksichtigt werden,

einschließlich der Bedingung, dass die Lösung des Kosovostatus nicht aufgezwungen werden kann.

Bildungsminister möchte Konkurrenz unter Hochschulen verstärken

Nach vielen politischen Erklärungen kommt das Thema einer inhaltlichen Reform des Schulwesens wieder auf den Tisch. Eine inhaltsbezogene Reform und Gesetzesnovelle über Hochschulen hält Bildungsminister Ján Mikolaj für die Prioritäten des Ressorts im Jahr 2007. Das neue Hochschulgesetz soll mehr Konkurrenz unter den Hochschulen bezwecken und dadurch ein Qualitätswachstum bewirken.

Den Entwurf einer inhaltlichen Bildungsreform an Grund- und Mittelschulen möchte der Minister dem Kabinett Anfang Sommer vorlegen, den gesetzlichen Wortlaut bis Ende 2007 ausarbeiten. Zu Jahresbeginn sollte das Ministerium der Öffentlichkeit ein System zum beruflichen Aufstieg von Lehrern vorstellen. Lehrern (deren Gehälter langfristig unter dem Durchschnitt liegen) sollen die Gehälter auf das Niveau des Durchschnittslohnes in der Volkswirtschaft angehoben werden und es soll ein Plan zum beruflichen Aufstieg erarbeitet werden, dass heißt, dass Lehrer auf Basis ihrer fachlichen Kompetenz entlohnt werden.

Ein weiteres Vorhaben ist die Vorbereitung des Nationalen strategischen Plans für Fachschulen und Weiterbildung im Rahmen der Lissabonstrategie.

Das Bildungssystem ist in den vergangenen Jahren ziemlich immun gegen Reformbemühungen geblieben, der Bedarf nach inhaltlichen Reformen erscheint regelmäßig in fachlichen Unterlagen des Bildungsministeriums und politischen Erklärungen. Für den Aufbau der sog. Kenntniswirtschaft ist eine inhaltliche Reform des Schulwesens unerlässlich. Bisweilen ist es aber nicht möglich zu beurteilen, inwieweit das Bestreben der jetzigen Regierung um eine Reform der Bildung erfolgreicher als Bemühungen ihrer Vorgänger sein kann.

Ende des Kernkraftwerksblocks: Chance zur Änderung oder Gefährdung der Wirtschaft?

Im Kernkraftwerk in Jaslovské Bohunice wird seit Jahresende um ein Viertel weniger Strom erzeugt. Gemäß den Verträgen mit der Europäischen Union musste nämlich die Slowakei bis Ende des Jahres einen der zwei

Blöcke des Kraftwerkes V1 außer Betrieb stellen, da er angeblich den jetzigen Sicherheitskriterien nicht entspricht (einige Experten bezweifeln dies aber).

Gerade der abgestellte älteste Block des Kernkraftwerkes wurde vor 28 Jahren in Probebetrieb genommen und erzeugte nahezu ein Zehntel der gesamten Stromproduktion im Land. Nach dem Abstellen wird die Slowakei keine Energie mehr ausführen (auch deshalb gab es gegen die Einstellung der Produktion vorher auch Proteststimmen).

Seit Januar 2007 sind noch weiterhin ein Block des Kraftwerkes V1 und beide Blöcke im Kraftwerk V2 in Betrieb. 2008 wird aber die Slowakei auch den zweiten Block V1 außer Betrieb stellen müssen und das Land wird wahrscheinlich vom Stromimport aus dem Ausland abhängig werden.

Zufrieden mit dieser Entwicklung sind vor allem Umweltschutzverbände. Greenpeace unterstützt das Abstellen des ersten Reaktors im Block V-1 des AKW im vollen Maße und hält dies für einen bedeutsamen Schritt zur Steigerung der Kernreaktorsicherheit in der SR und ganz Mitteleuropa. Die Umweltschützer weisen darauf hin, dass der Block V-1 nach ursprünglichen Plänen im Jahr 2000 hätte abgestellt werden sollen, später im Jahr 2005 und nach Verhandlungen mit der Europäischen Union (EU) schließlich bis Ende 2006.

Die Regierung sieht das Problem anders und bezeichnete die Entscheidungen des früheren Kabinetts im Energiebereich als „Verrat in der Energiewirtschaft“. Daher versucht die Regierung, Druck auf die Gesellschaft Enel (Miteigentümer von Slovenské elektrárne – Slowakischer Kraftwerke) auszuüben, den Aufbau der Kernkraftwerksblöcke von Mochovce zu beenden. Nach Verhandlungen mit dem Generaldirektor der Enel Gruppe Fulvio Conti Anfang Dezember informierte Premier Fico, dass Enel der slowakischen Regierung binnen zwei bis drei Monaten eine Studie über die Fertigstellung des dritten und vierten Blocks des Kernkraftwerkes in Mochovce vorlegen wird. Laut des Premiers würde damit das Problem mit dem Strommangel, der unmittelbar nach dem Abstellen beider Blöcke in Jaslovské Bohunice auftreten wird, gelöst werden.

Die Kosten für die Vorbereitung und Beendigung des Betriebs im Kraftwerk V-1 erreichen etwa 16 Mld. Sk. Für die Liquidierung des Kernkraftwerkes werden schätzungsweise weitere 25 Mld. Sk benötigt werden. Die Slowakei hatte sich zu diesem Schritt nach den Beitrittsverhandlungen mit der EU verpflichtet.

WIRTSCHAFT

Jahr 2007 wird Ernsthaftigkeit der Vorhaben zur Schlankheitskur in Staatsverwaltung testen

Die Regierung von Robert Fico versprach die Entlassung eines erheblichen Teils der Beamten in der Staatsverwaltung. Jetzt sind die Ministerien an der Reihe, die in den folgenden Monaten über Schlankheitskuren beim Personal in den einzelnen Ressorts entscheiden sollten. Das Kabinett verpflichtete sich, die Anzahl von Beamten in der öffentlichen Verwaltung um 20% zu reduzieren. Diese Zahl ist aber wohl mit Reserve zu betrachten, da sie durch nichts glaubwürdig gestützt wird. Nicht einmal das Finanzministerium gab konkrete Zahlen an, wie viel Leute in der Staatsverwaltung ihren Posten verlieren sollten. Es sind dabei gerade dessen Vertreter, die diese Entlassungen verlangen. Die Zentralstelle für Arbeit, Soziales und Familie erwartet nicht, dass die angekündigten Entlassungen in der staatlichen Verwaltung eine wesentliche Steigerung der Arbeitslosenanzahl zur Folge hätten. Die Entlassungen werden stufenweise erfolgen und man rechnet mit der Beschäftigung dieser Mitarbeiter in anderen Ressorts. Mangels detaillierter Informationen bereitet zurzeit die Zentralstelle für Arbeit auch kein konkretes Hilfestellungskonzept für eventuelle Entlassene aus der Staatsverwaltung.

Laut den Parteien, die in den vergangenen acht Jahren in der Regierung waren, wird es vor allem in den zentralen Behörden Probleme mit Entlassungen geben (mancherorts gebe es sogar einen Mangel an Mitarbeitern). Weitere hunderte Mitarbeiter werden darüber hinaus noch in den kommenden Jahren für die Arbeit mit europäischen Projekten eingestellt werden müssen. Die Vorhaben der Regierung zur radikalen Schlankheitskur erscheinen daher als übertrieben ambitiös.

Budget mit unklaren Prioritäten aber im Einklang mit den Maastrichtkriterien

Der Nationalrat der SR verabschiedete den Gesetzesentwurf über das Staatsbudget. Der Staat sollte im Jahr 2007 mit Einnahmen von 310,5 Mld. Sk und Ausgaben von 348,9 Mld. Sk wirtschaften, das Defizit des Staatshaushaltes beträgt damit 38,4 Mld. Sk. Finanzminister Ján Počiatek machte aus seiner Zufriedenheit mit dem genehmigten Budget kein Hehl: Seiner Meinung nach bildet der vorgeschlagene Haushalt Rahmen für ein weiteres stabiles hohes Wirtschaftswachstum und öffnet gleichzeitig auch die Möglichkeit des Beitritts der Slowakei zur Eurozone 2009. Er beendete seine Abschlussrede bei der Verabschiedung des Budgets mit der Behauptung, dass „das Budget die Slowakei durch das wirtschaftlich beste Jahr seit ihrem Entstehen begleiten wird“. Das ist möglich, die Ursache der wahrscheinlichen guten Ergebnisse im Jahr 2007 ist jedoch nicht dieses Budget, sondern langfristige Faktoren wirtschaftlicher Expansion.

Das Defizit des gesamten Bereichs öffentlicher Finanzen sollte laut ESA 95 Methodik im kommenden Jahre 52,8 Milliarden Sk erreichen, das

beträgt 2,9% des BIP. Damit sollte das Maastrichtkriterium zur Übernahme des Euro im Jahr 2009 erfüllt sein.

In der Budgetstruktur ist die Dissonanz zwischen den erklärten und realen Prioritäten sichtbar. Während in verbalen Erklärungen vor allem Bildung, Förderung der Kennntniswirtschaft oder Stärkung der Solidarität zu finden sind, so gehen aus dem Budget eher die Steigerung direkter Zahlungen an die Landwirtschaft oder die Stärkung der Reserve des Premiers hervor.

Es droht die Vorbereitung eines rückschrittlichen Arbeitsgesetzbuches

Eine der wahrscheinlichen Prioritäten der Regierungspolitik im Jahr 2007 wird die Vorbereitung des neuen Arbeitsgesetzbuches. Das Arbeitsgesetzbuch, das von der früheren Regierung genehmigt wurde und seit 2003 wirksam ist, wird wohl grundlegend abgeändert. Nach den Äußerungen der Regierung zu dieser Problematik in der Regierungserklärung und den Versprechungen gegenüber den Gewerkschaften, ist eine neue Gesetzgebung zu erwarten, die eher einem rigiden und keinem flexiblen Arbeitsmarkt nahe steht. Durch die Änderung der Arbeitsgesetzgebung (nicht nur des Arbeitsgesetzbuches) möchte das Ministerium in folgenden Richtungen vorgehen:

- erschwerte Entlassung von Arbeitnehmern und Stärkung von Kompensationen bei Entlassung,
- Stärkung der Position von Gewerkschaften und Kollektivverhandlungen,
- Einschränkungen bei Abschluss von befristeten Arbeitsverhältnissen,
- Weiterer Anstieg des Minimallohns.
- Die Regierung geht wohl auch auf die Forderung der Gewerkschaften nach mehr Schutz von Gewerkschaftsfunktionären sowie streikender Arbeitnehmer ein. Das Arbeitsministerium schlägt vor, das Institut der Tripartität erneut einzuführen (die vorherige Regierung änderte sie in ein beratendes Organ der Regierung um). Unternehmer fürchten einen unbeweglichen, unflexiblen Arbeitsmarkt, ein Hemmnis bei der Entfaltung ihrer Tätigkeit und die Rückkehr um einige Jahre zurück.

Expansion bei der KFZ-Herstellung

Im Jahr 2006 lief die Produktion in zwei neuen Automobilwerken (PSA Peugeot Citroen und Kia Motors) stufenweise an, bislang noch nicht mit voller Kapazität. In den nächsten 4 Jahren soll sich die Automobilherstellung in der Slowakei nahezu verdreifachen.

Die Tagesproduktion in der Slowakei beträgt zurzeit über 2 000 Fahrzeuge. Daran

beteiligen sich Volkswagen Slovakia (VW), das französische Automobilwerk PSA Peugeot Citroen und die südkoreanische Firma Kia Motors. Die gebündelte Kapazität slowakischer Produktionsbänder dieser drei Gesellschaften stellt insgesamt 880 000 Fahrzeuge pro Jahr dar. Im Jahr 2006 wurden in der Slowakei rund 292 000 Kraftfahrzeuge produziert, bis 2010 sollte die gesamte Produktion bis auf 840 000 Autos pro Jahr steigen. Die Slowakei wird wahrscheinlich ein Land mit der größten KFZ-Produktion pro Einwohner in der Welt.

- Die maximale Produktionskapazität von 280 000 Fahrzeugen wird mit fast 100% nur von VW genutzt. 2006 wurden 236 000 Automobile hergestellt, 2007 wird eine Produktionssteigerung von etwas über 240 000 Stück geplant.
- PSA wird den Produktionsplan erst im Februar veröffentlichen, die tägliche Produktion erreichte hier aber zu Jahresende 670 Fahrzeuge und befindet sich im Steigen (jährliche Kapazität beträgt 300 000 Fahrzeuge, es ist aber nicht bekannt, wann sie erreicht werden soll).
- Kia plant im Jahr 2007 150 000 Fahrzeuge herzustellen. Die gesamte Kapazität des Produktionsbandes von 300 000 KFZ wird vom Unternehmen wohl erst 2009 erreicht werden. Im Jahr 2006 wurden im Werk von Žilina über 5000 Fahrzeuge produziert.

Konzentration großer Handelsketten bis auf weiteres gestoppt

Die angekündigte Konzentration der Handelskette Carrefour mit seinem Mitbewerber Tesco kann bisweilen nicht erfolgen. Das Kartellamt der SR hat die Konzentration dieser Handelsketten verboten. Es würde sich um eine horizontale Konzentration konkurrierender Gesellschaften handeln, in deren Rahmen Tesco eine indirekte Kontrolle über der Kette Carrefour aufgrund eines Vertrags über Kauf und Verkauf von Aktien hätte.

Auf dem relevanten Markt (dort, wo beide Gesellschaften real miteinander konkurrieren) hat Tesco eine führende Position. Sein nächster Konkurrent ist Carrefour, wobei andere Mitbewerber erst mit erheblichem Abstand folgen. Laut Kartellamt bewirken die bestehende Struktur lokaler Märkte, hohe Eintrittsbarrieren, die Sättigung einzelner relevanter Märkte sowie das Nichtbestehen potenzieller Konkurrenz die Tatsache, wonach es im Falle einer erfolgten Konzentration zur Bildung oder Stärkung der dominanten Position des Unternehmens Tesco käme. Das Amt stellte fest, dass die Kette Tesco somit keinem nennenswerten wirtschaftlichen Wettbewerb ausgesetzt wäre und sich angesichts seiner wirtschaftlichen Stärke Lieferanten, Verbrauchern und Konkurrenten gegenüber unabhängig verhalten würde.

Anzeichen von Besserung im Außenhandel

Unter den monatlich veröffentlichten Wirtschaftskennzahlen gibt es zurzeit eine interessante Bewegung bei Export und Import. Der Export und Import wachsen im hohen Tempo, nach längerer Zeit jedoch beginnt das Wachstumstempo beim Export schneller zu sein als beim Importwachstum. Der Gesamtexport von Waren im Oktober wuchs zwischenjährig um 27,4%, der Warenimport stieg um 23,9%. Der Passivsaldo des Außenhandels von 5 Mld. Sk war um 1,8 Mld. Sk geringer als im Oktober 2005. Die Verbesserung der Entwicklung im Außenhandel ist auch in den weiteren Monaten zu erwarten und das auch (oder vor allem) dank des Anlaufs der Massenherstellung von Fahrzeugen (siehe anderen Bericht). Die jetzige Verbesserung des Verhältnisses von Export und

Import ändert bislang aber nichts daran, dass binnen zehn Monaten des Jahres 2006 das Außenhandelsergebnis schlechter als im gleichen Zeitraum des Jahres 2005 ist: Ein Defizit von 70,4 Mld. Sk ist um 24,4 Mld. Sk höher als während des gleichen Zeitraums von 2005.

Das Niveau der zwischenjährigen Inflation erreichte 4,3% im November, die Verbraucherpreise stiegen innerhalb von elf Monaten durchschnittlich um 4,5%. Damit die Bedingung zur Einführung des Euro erfüllt wird, muss die Inflationsrate im Jahr 2007 erheblich sinken.

Die Produktionskennzahlen entwickelten sich weiterhin ganz günstig:

- Zwischenjähriges Wachstum der Bauproduktion verlangsamte sich zwar etwas im Oktober, trotzdem erreichte es 9,1% (in fixen Preisen). Innerhalb von zehn Monaten wurde aber ein Wachstum von bis zu 14,9% erreicht.
- Die Industrieproduktion stieg im Oktober zwischenjährig um 11,1%, davon in der industriellen Herstellung bis um 14,7% (schwächere Dynamik gibt es in der Förderindustrie und Netzweigen). Der markanteste Zuwachs wurde im Rahmen der industriellen Produktion bei der Herstellung von Verkehrsmitteln erreicht (41,1%). Innerhalb von zehn Monaten überstieg die industrielle Produktion das Niveau des gleichen Zeitraums im Vorjahr um 10,1%, davon in der industriellen Herstellung um 12,4%.

KOMMENTAR**Wechselkursstärkung bewirkt ein Dilemma**

von Karol Morvay (morvay@mesa10.sk)

Seit Herbst 2006 überdauert eine Tendenz zur Stärkung des Wechselkurses (in weniger auffälliger Form gab es diesen Trend schon seit 2002). Die Nationalbank der Slowakei ist offensichtlich entschlossen, dieses rekordträchtige Wachstum der Krone, das auch zu Jahreswechsel andauerte, abzubremsten. Langfristig wird sie vielleicht doch keine andere Möglichkeit haben, als den Kurs mit dem die Währung an den Euro angekoppelt ist, zu revalvieren. Das steile Wachstum der slowakischen Wirtschaft, das zufrieden stellende Niveau der makroökonomischen Stabilität und Aussichten auf die Übernahme des Euro im Jahr 2009 brachten die Krone im Vorjahr auf historische Maximen und 10% oberhalb der zentralen Parität (die zentrale Parität, beim Beitritt zum ERM II 2005 festgelegt, beträgt 38,445 SKK für einen Euro). Alle Beitrittskandidaten für die Eurozone müssen mindestens zwei Jahre innerhalb des Wechselkursmechanismus ERMII verbleiben (siehe Rahmen 1).

Die Stärkung brachte die slowakische Währung zunahe ans 15%-ige Mantinell des ERM II-Mechanismus, dies ließ die NBS nicht ohne Antwort. Die NBS intervenierte im Dezember verbal (als sie mitteilte, dass der steile Anstieg der Währung zu weit ging und sich umdrehen könne), danach aber auch direkt mit dem Verkauf der Krone am Devisenmarkt.

Bei der Expansion der Wirtschaft, die für heuer bis auf 8% geschätzt wird und einem erwarteten Exportanstieg ist ein weiteres Erstarken der Krone nicht auszuschließen.

Noch im Juli musste sich die NBS mit einer kurzfristigen Schwächung der Krone (aufgrund politischer Änderungen) auseinander setzen, die Interventionen zehrten an ihren Devisenreserven. Die jetzigen Interventionen gegen die Stärkung der Währung erschöpfen keineswegs die Devisenvorräte, die NBS kauft zurzeit Euros für Kronen (dies kann sie praktisch „uneingeschränkt“ tun). Das Abziehen zusätzlicher Liquidität vom Markt ist aber aufwendig und wiederholte Interventionen

können die Bank selbst in Form von Spekulanten auf dem Markt und seiner erhöhten Instabilität treffen.

Der Gouverneur der NBS Ivan Šramko sagte, die zweite Lösung – eine Umbewertung der zentralen Parität im ERM II – sei bisher nur eine „theoretische Möglichkeit“. Šramko gab an, ein solcher Schritt sei kein rasches Heilmittel und würde langwierige Verhandlungen mit der Europäischen Zentralbank und den Mitgliedsländern der Eurozone erforderlich machen.

Die Krone würde mit einer Revalvierung problemlos in die vom System ERM II festgesetzte Spanne zurückkehren, wobei ihre Stärke die Inflation unter jener für den Beitritt zur Eurozone erforderlichen Schwelle halten würde (da beim starken Wechselkurs Importe billiger sind). Das Risiko wäre jedoch, falls es z.B. nach einer Abänderung der zentralen Parität hin zur stärkeren Krone zu einer entgegengesetzten Bewegung käme: Auch ein kurzer Stimmungswandel am Markt könnte die Krone unter die untere Paritätsgrenze drücken

und die Slowakei hätte die Prüfung der Wechselkursstabilität nicht bestanden. Der ERM II gestattet eine Aufwertung der Währung, aber keine Schwächung.

Weder Regierung noch wichtige Exporteure haben sich bisher auf die starke Krone beschwert. Das könnte sich jedoch ändern, sollte die Währung weiter steigen. Ein weiteres Instrument zum Zähmen der Währung sind niedrigere Zinssätze, die Gewinne aus Einlagen sowie Obligationen in Kronen einschränken können (und damit spekulatives Kapital verschrecken). Niedrige Zinssätze würden aber ein weiteres (schon jetzt starkes) Wachstum heimischer Nachfrage mit einem Risiko erhöhter Inflation begünstigen. Dem Land würde eine Nichterfüllung der Inflationsziele drohen und es wäre auch die Übernahme des Euro im Jahr 2009 gefährdet. Daher ist es wahrscheinlich, dass die NBS sich bemühen wird, die Krone innerhalb jetziger Bandbreiten zu halten und eine Umbewertung der zentralen Parität nur dann in Anspruch nehmen, wenn dies tatsächlich erforderlich wird.

Rahmen 1: Was kann sich die Slowakei im Rahmen des ERM II leisten:

Innerhalb des ERM II sind die nationalen Währungen mithilfe der zentralen Parität an den Euro angekoppelt (die zentrale Parität ist durch festgelegten Wechselkurs administrativ bestimmt). Die einzelnen Währungen der Mitgliedsländer können sich nur innerhalb einer Bandbreite von plus 15 bis minus 15 von der zentralen Parität bewegen. Für die slowakische Krone engte sich somit der Bewegungsraum auf eine Spanne von 44,2 bis 32,7 Kronen für einen Euro ein (das ist aber keine enge Bandbreite und sollte laut bisheriger Entwicklungstendenzen völlig ausreichen).

Der Vertrag über die Mitgliedschaft im ERM enthält keine Klausel über einen Ausschluss oder freiwilligen Austritt. Außerhalb des ERM II kann ein Land enden, sollte seine Währung aus der vereinbarten Bandbreite ausscheren. Noch vorher ist aber eine Vereinbarung über die Änderung der zentralen Parität möglich – dies gilt nicht als Verletzung der Bedingungen. Sollte sich die nationale Währung an der Grenze der Bandbreite befinden, kann die Europäische Zentralbank mit Interventionen im Interesse einer Erhaltung der Währung innerhalb der festgelegten Bandbreite helfen. Bedingung ist aber eine verantwortungsvolle Budgetpolitik der Regierung (keine Erhöhung des Budgetdefizits), die dem Konvergenzprogramm entspricht. Der Beitritt eines ERM II Mitglieds zur Eurozone ist möglich, wenn die Europäische Kommission diesen Vorschlag dem Finanzministerrat vorlegt und dieser vom erwähnten Finanzministerrat genehmigt wird. Der Wechselkursmechanismus entstand zu einer Zeit, als viele Währungen an die deutsche Mark angekoppelt waren. Das Wechselkurssystem schuf einen Rahmen für die Konvergenz von Währungspolitiken und Wechselkursen in einzelnen Ländern und wurde allmählich fixiert, bis eine einzige Währung entstand.